

Konferenz der Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU in den Ländern | Weimar | 7. – 9. Juni 2026

Weimarer Erklärung vom 9. Juni 2026

Die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU in den Ländern haben sich auf ihrer Konferenz in Weimar am 7. bis 9. Juni 2026 zu verschiedenen europapolitischen Themen ausgetauscht. Im Vordergrund standen dabei der 35. Jahrestag der Etablierung des Weimarer Dreiecks als Format einer trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Polen und Frankreich sowie die europäische Kulturpolitik und insbesondere der interkulturelle Dialog als bedeutender Integrationsfaktor des europäischen Einigungsprozesses. Weiteres Thema war die Abstimmung der Länder bei ihrer europapolitischen Strategie. Denn die Fortschreibung und Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens nach 2028 (MFR 2028+), dessen Wirkmächtigkeit in allen Bereichen für die Menschen in der Europäischen Union von prägender und entscheidendster Bedeutung für ihre Zukunft ist, erfordert dabei mit Blick auf die Berücksichtigung der vitalen Kerninteressen der Länder und Regionen bei der künftigen Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik weiterhin unsere gemeinsame, einige und starke Beteiligung und Mitbestimmung.

Die Einheit Europas ist eine Erfolgsgeschichte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Europäische Union eine gewachsene Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Nie zuvor in der Geschichte erlebten derart weite Teile des Kontinents über acht Jahrzehnte Frieden. Wir können stolz sein, welche Werte und Errungenschaften wir gemeinsam in Europa erreicht haben. Das gegenwärtige Europa stellt eine Rechts- und Wertegemeinschaft dar, die in überragendem Maße die Macht des Stärkeren abschaffte und partnerschaftliche Politik auf Augenhöhe konstituierte.

Für Deutschland und besonders für die Bundesländer und Regionen auf dem Territorium der ehemaligen DDR ist diese Geschichte mit den Erfahrungen zweier Diktaturen, der Friedlichen Revolution von 1989, der Wiedervereinigung 1990 und dem gesellschaftlichen Wandel der 1990er Jahre verbunden. Daraus erwächst Verantwortung auch dafür, die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn

33 verlässlich fortzuführen, besonders mit der Republik Polen und der Tschechischen
34 Republik.

35 Doch so einzigartig die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration ist –
36 selbstverständlich ist ihr Fortgang keineswegs. Gerade heute müssen wir uns auf die
37 Errungenschaften der europäischen Integration besinnen und diese den
38 Anfeindungen durch Rechtspopulisten und EU-Kritikern innerhalb der EU sowie
39 durch äußere EU-Gegner entgegensetzen. Die Herausforderungen, vor denen die
40 Europäische Union steht, sind enorm. Ihre Bewältigung verlangt ein Mehr an Europa.
41 Wir werden die Chance ergreifen und Europa fit machen für Gegenwart und Zukunft
42 sowie Antworten geben, wie wir die europäische Einheit stärken, wie wir die EU
43 handlungsfähiger machen, wie wir die Werte der Europäischen Union verteidigen und
44 wie wir das Wohlstandsversprechen bewahren. Gerade jungen Leuten müssen wir im
45 Rahmen unserer Arbeit kontinuierlich den herausragenden Mehrwert der EU
46 vermitteln, um antieuropäischen Kräften entgegenzuwirken.

47 So können wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass Europa ein strahlendes Zeichen
48 unserer starken, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Wertegemeinschaft bleibt.
49 Daraus resultierend haben die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von
50 CDU/CSU in den Ländern folgende Erklärung verfasst:

51

52 **2026 als Jahr des Weimarer Dreiecks nutzen und europäischen Dialog stärken**

53 Die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU in den Ländern
54 rufen dazu auf, das Jahr 2026 als „Jahr des Weimarer Dreiecks“ zu nutzen und
55 dieses Format einer vertieften trilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland,
56 Frankreich und Polen im Sinne eines gelebten europäischen Zusammenhalts weiter
57 zu fördern und auszubauen. Das Weimarer Dreieck, gegründet am 28. August 1991
58 durch die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens, steht seit über drei
59 Jahrzehnten für das geeinte Europa, das aus der Mitte Deutschlands heraus gedacht
60 wird. Vor allem in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, geopolitischer Spannungen,
61 herausfordernder sicherheits- und verteidigungspolitischer sowie wettbewerblicher
62 Rahmenbedingungen für den Standort Europa ist die hohe aktuelle Bedeutung des
63 Weimarer Dreiecks als Forum für Verständigung, Dialog und Zusammenarbeit in
64 einem sich wandelnden Europa sowie als ein sichtbares Zeichen gemeinsamer

65 Verantwortung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zusammenarbeit in Europa
66 hervorzuheben.

67 Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern bekennen sich dazu,
68 die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen gezielt
69 durch konkrete, geeignete Projekte und Maßnahmen zu beleben und
70 weiterzuentwickeln. Dies schließt vor allem auch die Notwendigkeit einer
71 ausreichenden und verlässlichen Mittelausstattung dafür ein. Eine Fortsetzung der
72 Interreg-Programme in den drei Ausrichtungen (grenzüberschreitend, transnational
73 und interregional) auch in der Förderperiode des Mehrjährigen Finanzrahmens
74 2028+ wird dabei ausdrücklich unterstützt. Insbesondere im Jubiläumsjahr sollen
75 entsprechende Aktivitäten und Projekte verstärkt und im Zusammenwirken mit
76 maßgeblichen Akteuren Veranstaltungsformate entwickelt und unterstützt werden,
77 wie unter anderem auch die Ausrichtung eines Austauschformats auf höchster
78 Ebene. Um das Weimarer Dreieck für die Bevölkerung in den beteiligten Ländern
79 noch stärker erleb- und erfahrbar zu machen, sollen auf Dauer angelegte
80 zivilgesellschaftliche Kooperationen in den Bereichen Jugend, Kultur, Wirtschaft,
81 Sicherheit, Mobilität und Wissenschaft zwischen Deutschland, Frankreich und Polen
82 ausgebaut werden. Regionalen und lokalen Formaten kommt dabei eine besondere
83 Bedeutung zu, da vor allem diese den europäischen Zusammenhalt auf regionaler
84 und kommunaler Ebene stärken und sichtbar machen. Die Rolle des
85 zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements im Jugendaustausch sowie
86 vor allem die Wirkung von Schüleraustauschen sind dabei für die interkulturelle
87 Verständigung junger Europäer und die Förderung europäischer Werte nicht hoch
88 genug zu bewerten. Wir begrüßen die geplante Aufstockung der Finanzmittel für das
89 Austauschprogramm Erasmus+ ausdrücklich, um den Dialog zwischen jungen
90 Menschen auszubauen. Darüber hinaus können dabei eine stärkere Förderung
91 universitärer Forschungsnetzwerke zu den Ursachen autoritärer Wählereinstellung
92 sowie auch eine Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und der EU bei der
93 Regulierung sozialer Medien einen wichtigen Beitrag leisten.

94 Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern bekennen sich zu
95 einer stärkeren europäischen Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit als
96 Ergänzung zur NATO. Das Weimarer Dreieck soll hierbei eine besondere
97 Verantwortung übernehmen und gemeinsame Initiativen zur Stärkung der

98 europäischen Verteidigungsfähigkeit, zur Verbesserung militärischer Mobilität sowie
99 zur engeren sicherheitspolitischen Abstimmung fördern. Europa muss in der Lage
100 sein, seine Freiheit, seine Demokratie und seine Interessen wirksam zu schützen.

101 Im Kontext der Veränderungen der globalen Sicherheitsordnung, insbesondere des
102 russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, aber auch angesichts bedrohlicher
103 antidemokratischer und -rechtsstaatlicher Tendenzen innerhalb der EU, halten die
104 Europapolitiker von CDU/CSU den Schutz der Rechtsstaatlichkeit sowie die
105 zukunftsfähige Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur für eminente
106 Themen im Weimarer Dreieck. Sie stellen sich ausdrücklich hinter den auf der
107 Europaministerkonferenz in Brüssel am 21./22. Mai 2025 gefassten Beschluss zum
108 Weimarer Dreieck.

109

110 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ausbauen**

111 Gleichzeitig setzen wir auf die zukünftige enge Zusammenarbeit der Bundesländer
112 mit allen ihren Nachbarstaaten. Dabei wollen wir die besonders langjährigen
113 Erfahrungen aus der freundschaftlichen französisch-deutschen Zusammenarbeit
114 noch intensiver für die Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit
115 den östlichen Nachbarländern Tschechische Republik und Republik Polen nutzen.
116 Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Begegnungen von
117 Vereinen und Initiativen in den Bereichen Jugend und Senioren, Kultur, Wirtschaft
118 und Forschung sind dafür das Fundament.

119

120 **Kulturelle Vielfalt und interkulturellen Dialog als Schlüsselemente des** 121 **europäischen Einigungsgedankens stärken und fördern**

122 Der Erhalt und die Förderung einer lebendigen und fruchtbaren Wechselbeziehung
123 von Pflege des kulturellen Erbes und kultureller Innovation ist eine
124 gesamteuropäische Aufgabe, zu der Bund, Länder und Kommunen ihren Beitrag
125 leisten müssen. Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern
126 verweisen auf die enormen Herausforderungen in der Kulturpolitik, vor denen die EU,
127 Bund, Länder und Kommunen in den kommenden Jahren stehen: Als Stichworte sind
128 der digitale Wandel, der Erhalt der kulturellen Infrastruktur, vielerorts rückläufige
129 Teilnahme an traditionellen Kulturaktivitäten, Umweltbelastungen von

130 Kulturdenkmalen oder neue Wertschöpfungsketten zu nennen, die allesamt
131 steigende Bedarfe an öffentlichen Mitteln für den Kulturbereich zur Folge haben.
132 Gleichzeitig sehen sie das enorme Potenzial des kulturellen Reichtums und
133 Kulturerbes in Europa, das noch mehr und wirksamer zur Stärkung der europäischen
134 Wertegemeinschaft und Integration genutzt werden soll. Dieser kulturelle Reichtum
135 ist ein untrennbarer und sinnstiftender Bestandteil des kulturellen Gesamterbes von
136 Europa, ein Kernstück des kollektiven Gedächtnisses und der Identität der
137 europäischen Bürger. Darüber hinaus betonen die Sprecher die Bedeutung des
138 Kulturbereichs mit seinen rund 7,8 Millionen Arbeitsplätzen in ganz Europa als
139 wichtigen Wirtschaftsfaktor. Vor allem in Zeiten einer zunehmenden
140 gesellschaftlichen Polarisierung, eines zunehmenden Nationalbewusstseins, einer
141 nach wie vor existierenden Flüchtlingskrise, einer globalen Bedrohungen und von
142 Kriegen tragen die kulturellen Gemeinsamkeiten als auch die kulturelle Vielfalt in
143 Europa entscheidend dazu bei, um bestehende Differenzen und Unterschiede zu
144 überbrücken und die Menschen in ganz Europa über eine kulturelle
145 Wertegemeinschaft zu verbinden. Kulturelle Vielfalt kann sich jedoch nur entwickeln,
146 wenn die Vielfalt der Regionen auch weiterhin garantiert ist. Diese Vielfalt der
147 Regionen ist die direkte Entsprechung zur Vielfalt der europäischen Länder und
148 zugleich Säule der europäischen Kulturgemeinschaft.

149 Vor diesem Hintergrund verständigen sich die Europapolitischen Sprecher auf die
150 Forderung, dass es auch in Zukunft einer ausreichenden und dauerhaften
151 Finanzierung der institutionellen und projektbezogenen Kulturförderung im Bund und
152 in den Ländern bedarf, um die reiche kulturelle Tradition in Deutschland weiter zu
153 pflegen, zu bewahren und fortzuentwickeln. Dabei sind auch die Zusammenarbeit
154 zwischen den Ländern durch länderübergreifende Kooperationen bei Projekten der
155 Pflege des kulturellen Erbes weiter auszubauen und insbesondere
156 Kooperationsverbände zwischen den Kultureinrichtungen zu stärken. Um die
157 Kulturinstitutionen in die Lage zu versetzen, das Potential des kulturellen Erbes zu
158 nutzen und den Erfordernissen der Digitalisierung umfassend Rechnung zu tragen,
159 sprechen sich die Teilnehmer der Tagung für den Ausbau eines zukunftsfähigen
160 digitalen Netzwerkes zwischen den kulturellen Einrichtungen aus. Außerdem soll
161 zum Zwecke einer stärkeren Verbreitung des europäischen Einigungsgedankens
162 insbesondere bei der Jugend ein gesamteuropäisches Geschichtsbewusstsein
163 gefördert werden, indem die Pflege des kulturellen Erbes als Ausdruck einer

164 gesamteuropäischen Entwicklungsgeschichte noch ausgeprägter in den
165 Schullehrplänen zu verankern ist. Zur Absicherung einer anspruchsvollen
166 Nachwuchsförderung im Bereich der Pflege des kulturellen Erbes muss sich zudem
167 die Ausbildung von qualifizierten und engagierten Künstlern, Denkmalschützern und
168 Architekten europaweit und international an hohen Standards orientieren. Schließlich
169 fordern die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU auch geeignete Maßnahmen
170 und Konzepte zum Erhalt und Schutz des europäischen Kulturgutes, das durch
171 verschiedene Entwicklungen, wie zum Beispiel den Klimawandel oder
172 Kriegseinwirkungen, stark gefährdet ist.

173

174 **Für eine gemeinsame europapolitische Strategie der Länder**

175 Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich zuallererst mit ihrer Gemeinde, ihrer Region
176 verbunden und sind damit in den deutschen Bundesländern verwurzelt. Somit kommt
177 vor allem auch den deutschen Bundesländern eine entscheidende Bedeutung bei der
178 demokratischen Legitimation europäischer Politik zu. Nur starke Regionen werden
179 den europäischen Einigungsprozess „von unten“ erfolgreich befördern. Daher
180 sprechen sich die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern für eine
181 bürgernahe, partizipative EU-Politik aus, die auch weiterhin den deutschen
182 Kommunen und Ländern in Brüssel eine starke Stimme gibt. Dabei ist es nur legitim,
183 wenn die deutschen Bundesländer jeweils alle Anstrengungen unternehmen, um ihre
184 länderspezifischen Interessen auf europäischer Ebene durchzusetzen. Zu diesem
185 Zweck entwickeln die Länder eigene europapolitische Strategien, die sich auf die für
186 die jeweiligen Länder wichtigen Themen konzentrieren sollen, die konsequent an
187 deren Interessen und Handlungsmöglichkeiten auszurichten sind, und die schließlich
188 die geeigneten Instrumente zur Durchsetzung der vertretenen regionalen Positionen
189 beschreiben sollen. Eine Abstimmung der regionalspezifischen europapolitischen
190 Strategien unter den deutschen Ländern soll deren Position im Sinne einer
191 erfolgreichen Interessenvertretung auf europäischer Ebene stärken sowie einer
192 Steigerung der Europakompetenz dienen.

193 Gemeinsame Länderinteressen bestehen insbesondere dort, wo europäische Politik
194 unmittelbar in regionale Zuständigkeiten, regionale Entwicklungspfade und lokale
195 Lebenswirklichkeit hineinwirkt. Dies betrifft im besonderen Maße den MFR 2028+,
196 die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik, die ländliche Entwicklung,

197 Interreg, regionale Innovationspolitik– darunter auch die Beiträge der Länder zu einer
198 europäischen Raumfahrtspolitik –, die Strukturwandelregionen, Grenzräume sowie die
199 Förderbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Daher sollen sich
200 die Länder mit dem Bund auf gemeinsame Überlegungen verständigen: keine
201 Zentralisierung zulasten der Länder, eine stabile, verlässliche und regional
202 zugeschnittene EU-Förderung, die mindestens auf dem aktuellen Förderniveau
203 weiterhin in den Regionen direkt ankommt, Erhalt der regionalen
204 Programmverantwortung, Sicherung eigenständiger Förderinstrumente, faire
205 Berücksichtigung aller Regionentypen und Schutz der Grenzregionen. Die rund 500
206 Partnerschaftsvereinbarungen mit den Regionen haben sich bewährt und sollen
207 deshalb weitergeführt werden.

208 Die Sicherung und der Erhalt von regionalen Wirtschaftsstandorten, von
209 Landwirtschaft, Infrastruktur und vor allem Arbeitsplätzen müssen bei allen
210 Entscheidungen in der Europäischen Union und den Regionen im Mittelpunkt stehen.

211 Gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation muss eine geeinte und
212 freiheitliche Europäische Union Garant für eine starke Wirtschaft und Menschen in
213 Arbeit sein.

214 Neben einer intensiveren Abstimmung im Ausschuss der Regionen durch einen
215 verbindlicheren und stärkeren Informations- und Erfahrungsaustausch plädieren die
216 Europapolitischen Sprecher gleichermaßen für einen stärkeren Austausch zwischen
217 den Städten. Zu diesem Zweck soll die EU-Städteagenda in ihren Kompetenzen
218 weiter gestärkt und ihre Arbeit noch verbindlicher gestaltet werden. Die von den
219 Städten in den Partnerschaften erarbeiteten Aktionspläne müssen als Grundlage für
220 neue Rechtsetzungsinitiativen und zur Konzeption von Förderprogrammen der EU
221 dienen. Städte sollen ihre Erfahrungen und Erwartungen in die Arbeit der
222 Städteagenda für die EU einbringen und tatsächlich etwas bewirken können. Lokale
223 Herausforderungen können nur lokal gelöst werden. Die EU-Städteagenda dient
224 nicht als Hebel für neue Zuständigkeiten der EU. Ganz im Gegenteil ist es wichtig,
225 dass das Prinzip der Subsidiarität weiter hochgehalten wird. Sie soll vielmehr zu
226 einem Instrument der gelebten Subsidiarität werden. Die Entwicklung der
227 europäischen Städte liegt in den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, ihrer Regionen
228 und Kommunen. Die EU hat hier keine eigene Rechtsetzungskompetenz.

229

230 **Migration und Integration als gesamteuropäische Verpflichtung**

231 Die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU treten für eine
232 gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik ein, die Humanität und Ordnung
233 miteinander verbindet. Europa braucht einen wirksamen Schutz seiner
234 Außengrenzen, eine konsequente Bekämpfung irregulärer Migration sowie zugleich
235 geordnete und gesteuerte Wege der Fachkräftezuwanderung. Integration gelingt
236 dort, wo gesellschaftlicher Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit und gemeinsame
237 Werte gestärkt werden.

238

239 **Für eine faire, transparente und dezentrale Mittelverteilung im Rahmen des**
240 **MFR 2028+**

241 Ein starkes Europa braucht starke Regionen, transparente Entscheidungsstrukturen,
242 eine faire Mittelverteilung und die Mitspracherechte der Regionen. Soziale und
243 regionale Kohäsion sind Grundpfeiler der europäischen Integration und der
244 europäischen Solidarität. Gleichzeitig leisten starke Regionen einen entscheidenden
245 Beitrag zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und
246 Zukunftsfähigkeit Europas. Um die Länderinteressen und -chancen im Rahmen der
247 EU-Förderpolitiken zu wahren und angesichts der sich abzeichnenden Möglichkeit,
248 dass die EU-Kommission an ihrem Vorschlag zum MFR 2028+ trotz vieler kritischer
249 Stimmen weiterhin im Wesentlichen festhalten will, bedarf es auf Bundes- und
250 europäischer Ebene gemeinsamer zusätzlicher Kraftanstrengungen und Initiativen
251 mit dem Ziel einer entsprechenden Überarbeitung und Anpassung des künftigen
252 MFR 2028+.

253 Auch eine EU-Kohäsionspolitik nach 2027 muss weiterhin eine wirksame
254 Förderpolitik mit ausreichenden Ressourcen bleiben, für die mindestens ein Drittel
255 des künftigen EU-Haushalts über Finanzhilfen und -instrumente bereitzustellen ist.
256 Digitale Innovation und Souveränität, nachhaltige und resiliente
257 Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Transformation stellen dabei zentrale
258 Zukunftsaufgaben Europas dar, die nur gemeinsam mit den Regionen erfolgreich
259 bewältigt werden können. Eine sichere, bezahlbare und nachhaltige
260 Energieversorgung bleibt hierfür ebenso Grundvoraussetzung wie verlässliche
261 europäische Förderstrukturen. Allerdings Grundlage dafür und letztendlich auch für

262 den Erfolg der Europäischen Idee sind stabile Finanzen sowohl der EU-
263 Mitgliedsstaaten als auch der EU insgesamt. Eine weitere institutionelle
264 Verselbständigung der EU-Finanzpolitik ohne parlamentarische Verantwortlichkeit,
265 eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU-Mitgliedsstaaten bzw. eine
266 Vergemeinschaftung von Schulden, die von der EU-Kommission vorgeschlagene
267 deutliche Erhöhung des EU-Haushalts auf der Basis neuer Abgaben und Steuern
268 sind dagegen keine solide Grundlage für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik und
269 gefährden die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone, was wiederum zu einer
270 Schwächung der EU-Förderpolitik führt. Vielmehr halten die Europapolitischen
271 Sprecher eine Identifizierung und Hebung von Einsparpotentialen im EU-Haushalt u.
272 a. durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und von Überregulierung für
273 zielführend. Die Koppelung von EU-Fördermitteln an die Einhaltung der Grundsätze
274 der Rechtsstaatlichkeit in Europa ist konsequent umzusetzen. Vor allem aber sind ein
275 regionaler bzw. ortsbezogener Ansatz, das Mehrebenensystem, das
276 Partnerschaftsprinzip sowie die geteilte Mittelverwaltung als Eckpfeiler des
277 europäischen Haushalts unbedingt zu erhalten. Subsidiarität und regionale
278 Verantwortung stärken die Akzeptanz europäischer Politik und gewährleisten, dass
279 Fördermittel zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt werden.

280 Der vorliegende Entwurf für einen MFR 2028+ stößt bei den Europapolitischen
281 Sprechern von CDU/CSU auf erhebliche Kritik und hat insbesondere für die
282 deutschen Bundesländer negative Auswirkungen hinsichtlich einer Partizipation an
283 der EU-Kohäsions- und Regionalförderung. Durch die vorgesehene
284 Zusammenlegung und Verschmelzung der bisherigen Strukturfonds und der
285 Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Zentralisierung und Renationalisierung des
286 Systems der Kohäsions- und Regionalförderung würde nicht nur die Mitsprache der
287 Länder bei der Ausgestaltung und Verwendung der EU-Fördermittel zurückgedrängt,
288 sondern ist auch mit erheblichen Kürzungen der für die Länder bisher bestimmten
289 Mittel für die Landwirtschaft, den ländlichen Raum und die Strukturförderung zu
290 rechnen. Daher bedarf es auch künftig eigenständiger Förderinstrumente,
291 verlässlicher Finanzierungsstrukturen und einer starken Beteiligung der Regionen an
292 Planung und Umsetzung europäischer Förderpolitik.

293 Eine Kürzung hätte insbesondere für diejenigen Länder erhebliche Folgen, die nach
294 der Friedlichen Revolution von 1989 ab 1990 vor enormen wirtschaftlichen,

295 infrastrukturellen und strukturellen Herausforderungen standen und deren Aufbau
296 wirtschaftlich stabiler Regionen wesentlich auch durch regional passende EU-
297 Förderung unterstützt aber noch nicht nachhaltig abgeschlossen wurde. Diese
298 dramatischen Einschnitte können wir nicht akzeptieren.

299 Der Abbau der Folgen der Misswirtschaft der ehemaligen DDR, die Modernisierung
300 von Infrastruktur, die Stärkung von Bildung und Weiterbildung, die Förderung von
301 Unternehmen, Landwirtschaft und Kommunen sowie die Verbesserung der
302 Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Handwerk sind eine Erfolgsgeschichte
303 europäischer Kohäsionspolitik, die noch nicht abgeschlossen ist. Und deshalb darf
304 der Aufholprozess nicht gefährdet werden. Länder, die bis heute Nachwirkungen der
305 Planwirtschaft spüren und im Wettbewerb mit anderen Bundesländern sowie
306 innerhalb der Europäischen Union besondere wirtschaftliche und strukturelle
307 Herausforderungen bewältigen müssen, benötigen weiterhin eine stabile,
308 verlässliche und regional zugeschnittene EU-Förderung mindestens auf dem
309 aktuellen Förderniveau.

310 Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern verständigen sich in
311 Ansehung der aktuellen weltweiten Herausforderungen und im Geiste der Mütter und
312 Väter des Gedankens einer Europäischen Union der regionalen Vielfalt auf acht
313 gemeinsame Grundsätze:

314 **Erstens: Kohäsion bleibt Kern europäischer Politik.**

315 Sie muss auch im MFR 2028+ ein eigenständiges, starkes und sichtbares
316 Investitionsinstrument bleiben.

317 **Zweitens: Keine Zentralisierung zulasten der Regionen.**

318 Europäische Fördermittel müssen weiterhin regional geplant, partnerschaftlich
319 umgesetzt und in geteilter Mittelverwaltung verantwortet werden.

320 **Drittens: Subsidiarität und Länderrechte gemeinsam mit europäischen
321 Partnern sichern.**

322 Der Bund muss die Länder in allen Phasen der MFR-Verhandlungen wirksam
323 beteiligen. Entscheidungen über regionale Förderung gehören weiterhin dorthin, wo
324 Sachnähe, Ortskenntnis und politische Verantwortung liegen: in die Länder und
325 Regionen. Gemeinsam mit den europäischen Partnern, dem Europäischen
326 Parlament und dem Ausschuss der Regionen ist sicherzustellen, dass föderale und

327 regionale Mitwirkungsrechte im MFR 2028+ nicht geschwächt, sondern verbindlich
328 abgesichert werden.

329 **Viertens: Eigenständige Förderinstrumente erhalten.**

330 EFRE, ESF+, JTF, ELER, Interreg und die Instrumente der Gemeinsamen
331 Agrarpolitik müssen in Zielsetzung, Mittelausstattung und Steuerung klar erkennbar
332 bleiben. Vereinfachung ist richtig; Entdifferenzierung ist falsch.

333 **Fünftens: Alle Regionen fair berücksichtigen.**

334 Das System der drei Regionenkategorien muss erhalten bleiben.
335 Übergangsregionen, ländliche Räume, Kohleregionen, Industrie- und
336 Automobilregionen sowie finanzschwächere Räume brauchen verlässliche
337 Unterstützung. Eine stabile, verlässliche und regional zugeschnittene EU-Förderung
338 muss daher mindestens auf dem aktuellen Förderniveau ausgebaut werden.

339 **Sechstens: KMU, ländliche Räume und Landwirtschaft sowie kritische
340 Infrastruktur besonders schützen.**

341 Der künftige EU-Haushalt muss Mittelstand, Handwerk, regionale Wertschöpfung,
342 Landwirtschaft, ländliche Räume, Kommunen und LEADER verlässlich erreichen.
343 Neue Prioritäten wie Sicherheit, Verteidigung und Ukraine-Unterstützung dürfen nicht
344 zulasten von Kohäsion, Agrarpolitik und ländlicher Entwicklung finanziert werden.
345 Eine Verschiebung von im Entwurf vorgesehenen Mittel in Höhe von mindestens 100
346 Milliarden Euro in diesen Bereich sind entscheidend. Denn diese EU-Fördermittel
347 sind strategisch als entscheidender Eckpfeiler bei der Verwebung der KMU mit den
348 „Big Playern“ der europäischen Wirtschaft. Die Fördermittel sichern regionale
349 Wirtschaftsstandorte, Arbeitsplätze, eine langfristig breite und nachhaltige Aufstellung
350 der EU-Wirtschaft und damit deren Resilienz gegenüber Wettbewerbern weltweit.

351 **Siebtens: Grenzregionen und europäische Zusammenarbeit stärken.**

352 „Interreg“ und die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (ETZ) müssen
353 eigenständig, finanziell gesichert und vereinfacht fortgeführt werden.
354 Grenzüberschreitende Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Begegnungsprojekte,
355 Sprachförderung, Mobilität, Sicherheit, Wirtschaftskooperation und regionale
356 Vernetzung müssen im neuen MFR 2028+ gestärkt werden.

357 **Achtens: Die Resilienz der Europäischen Union stärken.**

358 In einer zunehmend vernetzten Welt haben geopolitische und internationale
359 Entwicklungen und Ereignisse zunehmend Einfluss auf gesellschaftliche, politische
360 und wirtschaftliche Prozesse. Um die Resilienz der Europäischen Union zu stärken,
361 sind die Förderung der politischen Bildung der Bevölkerung, die Identifizierung und
362 Reduktion von Abhängigkeiten sowie die Stärkung der Innovations- und
363 Verteidigungsfähigkeit unabdingbar.

364 Nur eine starke und einige Europäische Union ist technologisch, wirtschaftlich und
365 sozial in der Lage, weltweit auf Augenhöhe zu handeln. Europäische Souveränität,
366 Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft sind zentrale Voraussetzungen für die
367 Fortschreibung der europäischen Erfolgsgeschichte, die auf den Prinzipien von
368 Frieden, Freiheit und Sicherheit fußt.